

Europas Machtergreifung

Zur Zukunft des Kontinents: Ein Gespräch mit Emmanuel Todd

Der französische Historiker und Demograph Emmanuel Todd hatte in den siebziger Jahren in seinem Buch "Le fou et le prolétaire" den Zusammenbruch der Sowjetunion angekündigt und auch den Zeitpunkt ziemlich genau getroffen. 1995 verfaßte er eine Studie über die französische Gesellschaft, nach deren Einsichten Jacques Chirac seinen Präsidentschaftswahlkampf gegen den wirtschaftlichen Liberalismus und Europa führte - und überraschend gewann. Als sich Chirac dann später zu Europa bekannte, ging Todd auf Distanz zu ihm. Nach dem Bruch mit linken wie rechten antieuropäischen Gesinnungsgenossen und der Einführung des Euro zog sich Emmanuel Todd aus den öffentlichen Debatten zurück und widmete sich der wissenschaftlichen Arbeit. Im vergangenen Herbst meldete er sich mit einem neuen Essay zurück. Er ist Amerika gewidmet, dessen Niedergang der Autor diagnostiziert. Das Buch wurde bereits in mehr als zwanzig Sprachen übersetzt und ist unter dem Titel "Weltmacht USA - ein Nachruf" (Piper) auch hierzulande zum Bestseller geworden.

J.A. Sie haben sich als Kritiker des Euro einen Namen gemacht. Er sei gut für Deutschland und werde Frankreichs Wirtschaft abwürgen. Jetzt gibt es in Deutschland eine Deflation, und Frankreich steht etwas weniger schlecht da.

Ich kritisierte die Politik des starken Franc nach den Kriterien der damaligen Bundesbank. Ich hielt es für sehr schwierig, in sehr unterschiedlichen Ländern eine gemeinsame Währung durchzusetzen, und glaubte nicht an die Möglichkeit und den Willen, die Widerstände zu überwinden. Europa als politisches Konzept und Einheit interessierte mich nicht, weil ich absolut proamerikanisch eingestellt und voller Vertrauen in die Vereinigten Staaten war. Ich sah keine Notwendigkeit, ein Gegengewicht zu schaffen. Erst die Einsicht, daß die Amerikaner zum Störfaktor wurden und Unordnung in die Welt brachten, hat mich zu einem "Europäer aus Vernunft" gemacht. Meine währungstechnischen Einwände sind indes nicht vollständig widerlegt.

Aber warum geht es Deutschland so schlecht?

Die angelsächsischen Wirtschaftsideologen vermitteln ein völlig falsches Bild von Deutschland. Übrigens auch von Japan. Sie werden als Fossile dargestellt. Das Gegenteil trifft zu: Beide Länder sind wirklich produktiv und exportorientiert. Und wenn die internationale Nachfrage ausbleibt, leiden die dynamischsten Ökonomien am meisten. So war es auch 1929. Deutschland geht es schlecht, weil seine Wirtschaft die leistungsfähigste ist.

Inzwischen ist der Euro so stark, wie sich die Deutschen die Mark wünschten, und gerade das wird zum Problem.

Der Euro hat sich als stabile Währung durchgesetzt. Soll er weiterhin ein Erfolg bleiben, muß man unbedingt eine konsumfördernde Wirtschaftspolitik in die Wege leiten. Das geht aber wegen des Stabilitätspakts nicht. Die Opposition gegen den Irak-Krieg hat zu einer starken Solidarität zwischen Frankreich und Deutschland geführt. Die nächste Etappe der Zusammenarbeit muß eine wirtschaftspolitische Konzertation sein - mit dem Ziel, die Maastricht-Kriterien zu umgehen. Damit könnte auch Italien, das die gleichen Probleme bekommen wird, wieder stärker in das Kerneuropa eingebunden werden. Europa hat eine führende Stellung erobert, und deshalb ist der Euro gegenüber dem Dollar stark: Dahinter steckt die Rückbesinnung auf die traditionellen Werte der Ökonomie. Dazu kommt die Ost-Erweiterung, die Amerika angst macht. Deshalb führten sie den Krieg im Irak. Um Stärke zu manifestieren in einer Region, von der sie geographisch weit entfernt sind und die zu den Einflußzonen Europas gehört.

Nur hat Europa diesen Krieg nicht zu verhindern vermocht.

Es war ja unmöglich, Saddam und sein grauenhaftes Regime zu verteidigen. Die Europäer waren noch nicht bereit, sich den Amerikanern entgegenzustellen. Aber sie müssen keine negativen Folgen befürchten. Die Amerikaner werden in materieller und finanzieller Hinsicht nicht in der Lage sein, die Golfregion allein zu kontrollieren. Wichtiger als die Invasion des Iraks ist die Tatsache, daß Deutschland in diesem Krieg seinen Handlungsspielraum wiedererlangt hat. Es hat sich von der amerikanischen Vormundschaft befreit. Deutschland, wirtschaftlich die Nummer eins in Europa, war der Stützpfeiler der Amerikaner - und solange es das blieb, hatte Europa nur eine beschränkte Bedeutung. Jetzt kann es eine diplomatische und strategische Größe werden. Europa ist ein Raum des Friedens, dessen größtes Problem es sein wird, den Niedergang Amerikas zu verkraften.

Wann und warum haben Sie sich von ihm abgewandt und zu Europa bekehrt?

Im vergangenen Jahr - als ich mein Buch schrieb. Ich war voller Bewunderung für das Nachkriegsamerika, das produktiv war, Ideale verteidigte, dem Kommunismus die Stirn bot. Es gab im Kalten Krieg unschöne Nebenfolgen, zum Beispiel die Unterstützung von Rechtsdiktaturen in Lateinamerika. Aber insgesamt haben die Vereinigten Staaten während eines halben Jahrhunderts eine positive Rolle gespielt. Sie waren eine vorbildliche, dynamische industrielle Demokratie und das Land der politischen Legitimität schlechthin. Genau das hat George W. Bush zerstört. Auf der Welt herrschte Frieden. Ich bin überzeugt, daß im Irak ohne Krieg schneller einigermaßen akzeptable Verhältnisse hätten durchgesetzt werden können.

Wie haben Sie den 11. September empfunden?

Ich war zutiefst getroffen. In mir brach ein Gefühl der inneren Sicherheit zusammen. Die Familie meiner Mutter floh im Zweiten Weltkrieg nach Amerika. Mein Großvater väterlicherseits war ein österreichischer Jude,

der letztes Jahr als amerikanischer Bürger in Amerika starb. Irgendwie hatte ich immer mit der Vorstellung im Hinterkopf gelebt, daß ich, wenn es in Europa wieder einmal losgehen sollte, in Amerika in Sicherheit sein könnte.

Hat nicht genau dieses Empfinden in Amerika selbst letztlich zum Krieg geführt?

Nein. Mit Al Qaida hatte Saddam nichts zu tun. Der amerikanische Wille, das Machtzentrum einer Welt zu bleiben, die relativ friedlich war, geht auf die Mitte der neunziger Jahre zurück - noch Clintons erste Amtszeit hatte in die andere Richtung gewiesen: Waffen wurden abgebaut, die Militärausgaben zurückgefahren. Als man um 1994/95 den Eindruck bekommen mußte, Rußland würde komplett zusammenbrechen, entstand in Amerika diese Vorstellung der eigenen Allmacht über die Welt.

Die Russen, mit denen sich Deutschland und Frankreich gegen Amerikas Eingreifen im Irak verbündeten, führen in Tschetschenien einen barbarischen Krieg.

Die Russen haben die europäischen Volksdemokratien ohne Gewaltanwendung in die Freiheit entlassen. Ebenso die baltischen Staaten. Auch die Republiken an der Peripherie ihres Territoriums. In Tschetschenien scheinen sie es aber um jeden Preis verteidigen zu wollen. Ich glaube nicht, daß man sie davon abhalten kann. Wenn Europa aufhört, Rußland als Bedrohung zu sehen, und gute Beziehungen entstehen, werden die Russen in Tschetschenien weniger brutal auftreten. Langsam kommt seine Industrie wieder in Schwung. Wenn Rußland wieder zum attraktiven Pol geworden ist, wird die Dissidenz an der Peripherie zurückgehen.

Wird es zwischen Europa und Amerika zum Krieg kommen?

Nein. Aber man muß die Frage des Krieges stellen. Die Welt befand sich in einem Zustand des relativen planetaren Gleichgewichts. Es gab regionale Konflikte - aber zwischen den Großmächten herrschte Frieden. Die Amerikaner haben ihn und das internationale Recht gebrochen. Allerdings war es kein wirklicher Krieg: Das Kräfteverhältnis war zu einseitig. Wir sind deswegen nicht in ein Zeitalter des Krieges eingetreten. Die Vereinigten Staaten sind ja auch keineswegs allmächtig: Das nukleare Gleichgewicht der Abschreckung besteht weiterhin - die Russen sind nach wie vor in der Lage, das gesamte amerikanische Territorium zu zerstören. Ein Krieg zwischen den Großmächten ist völlig unvorstellbar.

Er wird im Bereich der Wirtschaft geführt.

Und da ist er in vollem Gang. Er findet zwischen Dollar, Yen und Euro statt. Europa ist in der Welt die wichtigste Industriemacht. Die mangelnde politische Einheit ist kein Problem. Europa erscheint wie eine kleine Uno, in der die Art, wie man zukünftig Konflikte bewältigen muß, geprobt wird. Die große Gefahr sind die dramatischen demographischen Defizite: Überalterung und Bevölkerungsrückgang. Deshalb wird Europa, das als Reaktion auf den Weltkrieg entstand, gar keine aggressive Expansion

betreiben können. Aber der Euro ist sehr wohl ein Instrument der Macht, das es sich gegeben hat. Wenn der Dollar weiter sinkt, was wahrscheinlich ist, wird dies für die Amerikaner eine diplomatische und militärische Schwäche zur Folge haben. Sie werden ihre Präsenz im Irak und möglicherweise nicht einmal mehr ihre Militärausgaben finanzieren können.

An diesem Wochenende kommt George W. Bush nach Frankreich zum G-8-Gipfeltreffen der reichen Länder und ihrer Gäste. Werden die Europäer gegenüber Amerika einen eigenen Standpunkt vertreten können? Gibt es eine neue Weltordnung?

Sie zeichnet sich ab. Es gibt sehr viel Anlaß zu Optimismus. Die ganze Welt steht kurz davor, alphabetisiert zu sein: Vor fünftausend Jahren wurde die Schrift erfunden - in Kürze werden alle Menschen lesen und schreiben können. Weite Teile der Dritten Welt sind im Begriff, ihre demographischen Probleme in den Griff zu bekommen - in dreißig Jahren wird die Weltbevölkerung nicht mehr wachsen. Das ist eine Voraussetzung, um das ökologische Gleichgewicht herstellen zu können. Wir werden eine großartige, außergewöhnliche Epoche erleben, auch wenn das am Fernsehen ganz anders aussieht: Übergangsphasen sind immer mit Gewalt und Verunsicherung verbunden - davon zeugt der Zustand der arabischen Welt.

Braucht Europa eine gemeinsame Armee?

Ich bin nicht dagegen, daß die europäischen Länder ihre Armeen ein bißchen aufrüsten. Aber die Machtergreifung Europas wird keine militärische sein. Die Amerikaner sind in diesem Bereich so stark, daß es sinnlos ist, ihnen Konkurrenz machen zu wollen. Der letzte Dienst, den die Amerikaner der Welt erweisen, ist ihr aktives Konsumverhalten. Sie wagen es, ihren Konsum mit einem Haushaltsdefizit zu finanzieren. Die Europäer sollten jetzt eine Wirtschaftspolitik betreiben, die den Konsum ankurbelt. An dem Tag, an dem sie das tun, wird sich das Gravitationszentrum der Macht nach Europa verlagern.

Das Gespräch führte und übersetzte aus dem Französischen Jürg Altwegg.

Text: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.05.2003, Nr. 124 / Seite 33